

Landräte sichtlich „unter Strom“

ENERGIEVERSORGUNG Landkreise Cloppenburg und Osnabrück äußern Bedenken gegen Stromtrasse

Bürgermeister aus den beiden Kreisen kritisieren „methodische Defizite“ der Planungen. Sie fordern ein Überdenken der bisherigen Varianten.

VON THOMAS HASELIER

OLDENBURG/CLOPPENBURG/OSNABRÜCK – Im Tonfall moderat, in der Sache aber auf Konfrontationskurs: Die Landkreise Cloppenburg und Osnabrück haben kurz vor Ablauf der Stellungnahmefrist des Raumordnungsverfahrens für eine geplante Stromtrasse durch ihr Gebiet erhebliche Bedenken gegen die bisherigen Pläne vorgebracht.

Die beiden Landräte Johann Wimberg (Cloppenburg) und Dr. Michael Lübbersmann (Osnabrück) sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der von der geplanten Trasse betroffenen Städte und Gemeinden sprachen am Donnerstag in Oldenburg bei der Übergabe der gemeinsamen Stellungnahme an das für das Raumordnungsverfahren zuständige Amt für regionale Landesentwicklung von „Argumentationsschwächen und Erkenntnislücken“ bei der Bewertung des Vorhabens.

Hintergrund des Konfliktes ist die unstrittig notwendige Planung einer 380-Kilovolt



Bernhard Heidrich und Talke Hinrichs-Fehrendt (Amt für regionale Landesentwicklung) mit den Landräten Johann Wimberg und Dr. Michael Lübbersmann (v.l.) BILD: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

(kV)-Leitung zwischen Conneforde (Landkreis Ammerland) und Merzen (Samtgemeinde Neuenkirchen, Landkreis Osnabrück). Die drei im Raumordnungsverfahren geprüften Varianten sind nach Auffassung der kommunalen Vertreter unzureichend, weil sie zum einen eine Trasse nahe der Autobahn 1 frühzeitig weitgehend unberücksichtigt lassen und zum anderen eine umweltverträglichere Erdverkabelung in viel zu geringem

Umfang vorgesehen sei. Die Bürgermeister kritisieren auch die willkürliche Festlegung des Anfang- und Endpunktes der geplanten Trasse, die offensichtlich nicht mehr zur Debatte stünden. Sie müssten jedoch ebenfalls Teil des Raumordnungsverfahrens sein. Aufgrund neuer technischer Möglichkeiten seien überdies auch Trassenbreiten von deutlich weniger als 40 Meter zu prüfen.

Es gehe bei ihren Einwän-

den nicht um das Sankt-Florians-Prinzip, etwa die Stromtrasse in ihren Verwaltungsgebieten zu verhindern, beteuern die Bürgermeister. Vielmehr gehe es darum, größtmögliche Transparenz und Offenheit bei den Planungen sicherzustellen, um auch eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

Denn da hat sich schon in vielen Bereichen Widerstand geregigt: 3000 bis 4000 Eingaben, schätzt die Planungsbe-

hörde, sind inzwischen eingegangen. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Es wird auch damit gerechnet, dass es auch vonseiten der Landwirtschaft noch zu Widersprüchen kommen wird.

Dabei ist nicht nur die Notwendigkeit der Stromtrasse unstrittig. Auch die Zeit dränge, betonte der beim Landesamt für das Verfahren zuständige Bernhard Heidrich. Allein im Jahr 2016 sei wegen der fehlenden Leitung in erheblichem Maße umweltverträglich erzeugter Strom praktisch unverteilt „versandet“. Das sei unakzeptabel.

Wesentlich Streit bei der Realisierung der Stromtrasse ist neben der Trassenführung auch die Erdverkabelung. Sie ist im Schnitt etwa sechsmal so teuer wie eine Freileitung. Die Netzbetreiber Tennet TSO GmbH und Amprion GmbH haben bei ihren Plänen deshalb nur in wenigen Ausnahmen die Erdverkabelung an sogenannten Engstellen vorgesehen etwa dann, wenn die Trasse in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung verläuft oder Gründe des Naturschutzes gegen eine Freileitung sprechen.

Außerdem argumentieren die Netzbetreiber mit fehlenden Erfahrungen bei der Erdverkabelung solcher Starkstromleitungen, die zu einer spürbaren Erwärmung des Erdreiches führten.